

ROSEMARIE HEIN

Halbzeit in Magdeburg

UTOPIE kreativ: Vor zwei Jahren überraschte die SPD Sachsen-Anhalt unter Reinhard Höppner alle politischen Lager mit ihrer Entscheidung, eine Minderheitsregierung mit Bündnis 90/Die Grünen eingehen zu wollen. Die Handlungsfähigkeit sollte durch wechselnde Mehrheiten hergestellt werden. Wie wurde in Ihrer Partei dieses Experiment aufgenommen?

ROSEMARIE HEIN: Zunächst muß man sagen, dieser Überraschung ging das Angebot der PDS voraus, eine rot-grüne Minderheitsregierung im Interesse der Ablösung konservativer Mehrheiten tolerieren zu wollen. Roland Claus hatte diesen Vorschlag bereits Anfang des Jahres 1994 öffentlich gemacht. Das wurde von der Parteibasis zunächst ohne Diskussion aufgenommen, wohl weil niemand die Auswirkungen auf und die Anforderungen an PDS-Politik in der Folge dieses Vorschlages übersah. Zudem wurde die Aussicht auf Erfolg sicher so gering eingeschätzt, daß viele das nicht näher in Betracht zogen.

Reinhard Höppner und die gesamte SPD hatten ja auch bis zum Tage der Wahl einen solchen Vorschlag strikt zurückgewiesen. Kurz vor den Wahlen und nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses wurde dann das Angebot von uns erneuert, doch wir waren schon selbst etwas überrascht, als Reinhard Höppner nach einer Nacht in Bonn dieses Ergebnis verkündete.

Die Frage, wie dieses Experiment in der PDS-Basis aufgenommen wurde, ist ein wenig schwer zu beantworten.

Die Zustimmung zu einer Tolerierungspolitik, die mit dem Landesvorstand, den Kreisvorsitzenden und Parteitagsdelegierten beraten worden ist, war zunächst nur getragen von dem erklärten Willen, die konservative Regierungsmehrheit abzulösen und einen Reformkurs möglich zu machen. Dafür gab das Wahlergebnis die volle Berechtigung.

Wir haben auf einem sogenannten kleinen Parteitag Anfang Juli erklärt, daß wir die Reformansätze der SPD und der Bündnisgrünen unterstützen wollen, sie auch durch unsere eigenen Anträge dahin treiben, daß sie den selbstgesetzten Ansprüchen gerecht werden. Wir erklärten uns bereit, in diesem Interesse auch Kompromisse einzugehen, wenn radikalere Forderungen der PDS so von den anderen nicht mitgetragen werden können. Darüber hinaus wollten wir aber auf eigene radikaldemokratische Politikansätze selbst dann nicht verzichten, wenn ihnen gesellschaftliche Mehr-

Rosemarie Hein – Jg. 1953, promovierte Kulturwissenschaftlerin, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag Sachsen-Anhalt.

heiten heute noch versagt sind und darum auch parlamentarische Erfolge in diesen Sachen ausbleiben werden.

Einen Ausstieg und die Forderung nach Neuwahlen haben wir angekündigt für den Fall, daß diese Regierung an innerer Destabilität zerbrechen sollte oder aber ihre Politik von uns nicht mehr zu tolerieren ist. Wir haben allerdings immer vermieden, zu erklären, wann letzteres der Fall sein würde.

In dieser Form wurde und wird das Prinzip der Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung von der Mehrheit der Parteibasis unterstützt. Skepsis und Kritik aus Teilen der Basis richteten sich jedoch von Anfang an auf die Gefahr, daß wir uns von der neugewonnenen Bedeutsamkeit vereinnahmen lassen, an vermeintliche Macht gewöhnen und eigene Politikansprüche aufgeben könnten.

UTOPIE kreativ: Bis heute gibt es keine förmliche Tolerierungsvereinbarung mit der Koalition. Sind Sie dadurch nicht in einer schwächeren Position?

ROSEMARIE HEIN: Anfangs hatten wir die Vorstellung, daß wir mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gewissermaßen aushandeln könnten, welche Politikansätze und Grundsätze wir bereit wären mitzutragen. Wir erwarteten von der SPD wenigstens ein Zeichen in diese Richtung. Dazu aber konnte sich die SPD nicht durchringen. Die Angst vor einer allzu öffentlichen Liaison mit der PDS war wohl zu groß. Dann eben, so haben wir Anfang Juli beschlossen, muß die Regierung von Sachfrage zu Sachfrage nach BündnispartnerInnen suchen. Dies schien der beschwerlichere Weg.

Heute bin ich ziemlich froh, daß es zu einer förmlichen Vereinbarung nicht gekommen ist. Das macht uns in der Diskussion flexibler, und wahrscheinlich ist es auch leichter, Kompromisse zu suchen und zu finden, weil die anderen eben nicht von vornherein auf unsere Zustimmung rechnen können und so in die Verhandlung mit uns im Einzelfall treten müssen, wenn sie unsere Zustimmung wollen. Es gibt also kein Stillhalteabkommen.

Ehrlicherweise muß man aber auch sagen, daß wir im Juni 1994 wohl kaum in der Lage gewesen wären, die Positionen sauber zu benennen, die Voraussetzung für ein Tolerierungsabkommen hätten sein können. Wir wußten viel zu wenig darüber, wie so etwas geht, was machbar ist und was nicht und wo die Grenzen liegen auch nicht (die objektiven und die subjektiven). Hinzu kommt, daß man als Partnerin in einem solchen Abkommen selbst klarere Konzepte braucht, als wir sie bis dahin hatten.

Allerdings hat die Sache noch eine andere Seite:

Wenn die SPD darauf angewiesen ist, wechselnde Mehrheiten zu suchen, dann bedeutet das auch, daß Mehrheiten mit der anderen Oppositionsfraktion möglich sind, die von uns, wenn auch unter Protest, hingenommen werden müßten. Das war in zweifacher Weise für uns zunächst unproblematisch:

Erstens: Bei solchen radikaldemokratischen Forderungen, für die es in diesem Landtag noch nie eine Mehrheit gab. Da waren wir das Unterliegen gewöhnt und erwarteten genaugenommen nichts anderes.

Zweitens: Bei Grundsatzfragen, weil die CDU zunächst als beleidigte Leberwurst reagierte und einen Kurs konsequenter Verweigerung fuhr. Da konnte die Regierungskoalition nicht anders als mit und die Mehrheiten zu suchen, etwa beim Nachtragshaushalt 1994 und beim Haushalt 1995.

Dann aber besannen sich die Kräfte in der SPD-Fraktion in Diskussionen um die Kommunalgesetzgebung und suchten Mehrheiten bei der CDU. Diese nun hatte begriffen, daß Totalverweigerung in der Öffentlichkeit auf Dauer nicht honoriert wird, und gingen darauf ein.

Spätestens von diesem Moment an begann bei uns die Diskussion, ob man »das« noch tolerieren könne, und uns wurde klar, daß wir bis dahin eigentlich nur oberflächlich darüber diskutiert hatten, was die Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung für die PDS-Politik und ihre Politikfähigkeit bedeutet. Der Zwiespalt besteht eigentlich darin, daß man mit der SPD vielleicht eine unter den gegebenen Umständen durchaus sozialere Sozialpolitik, eine »grünere« Umweltpolitik, eine reformorientierte Bildungspolitik und eine kreative Kulturpolitik machen kann, daß aber auf wichtigen Gebieten der Innenpolitik eher konservative Vorstellungen überwiegen und sie in der Wirtschaftspolitik dank eines konservativ denkenden Ex-Treuhandmanagers als Wirtschaftsminister auch nichts wesentlich anderes als die CDU in die Waagschale zu werfen haben.

Hinzu kommt, daß eben auch für eine rot-grüne Landespolitik bundespolitische Rahmenbedingungen existieren, die nicht wegzubeschließen sind, selbst wenn man sich im Landtag noch so einig wäre.

UTOPIE kreativ: Haben Sie Probleme, Ihre Politik an der eigenen Basis zu vermitteln?

ROSEMARIE HEIN: Ja. Öffentliche Medien bringen Informationen über Entscheidungen und Entscheidungsfindungen in der Politik logischerweise nur punktuell und aus ihrer Sicht interpretiert. Dabei werden Informationen oft verkürzt, mitunter entstellt oder so interpretiert, wie es unseren Intentionen nicht entspricht.

Darum, und weil die PDS eben kein Informationsmonopol mehr besitzt, nicht einmal ein funktionierendes innerparteiliches Kommunikationssystem, fällt es uns schon schwer, den Werdegang von Entscheidungen selbst rechtzeitig zu vermitteln. Von einer Einbeziehung der Basis im Vorfeld der Entscheidungsfindung ganz zu schweigen.

Zwar haben wir einen grundsätzlichen Beschluß gefaßt, daß vor Abweichungen von den im Juli 94 und auf dem Parteitag im September 94 gefaßten Beschlüssen der Parteitag einzuberufen ist und bisher liefen auch alle Verhandlungen in diesem Rahmen, aber der Teufel steckt immer im Detail. Bei Einzelentscheidungen zum Kindertagesstättengesetz zum Beispiel, bei den Entscheidungen zur Südharzautobahn, zur Kommunalgesetzgebung und beim Haushalt 1996. Dort haben wir neben vielen Veranstaltungen an der Basis zwar den Landesvorstand stärker einbezogen. Trotzdem fühlt sich

ein beträchtlicher Teil der Basis uninformiert, was auch stimmt. Das war zwar nun in der ersten Legislatur vom Prinzip her nicht anders, aber damals wurden unsere Anträge in der Regel abgelehnt, und darum machte es vielleicht manchem nicht so viel aus, wenn er oder sie nicht vollständig informiert waren oder mit dem Inhalt der Anträge nicht einverstanden waren. Heute aber haben die ausgehandelten Kompromisse eine Chance auf Umsetzung, und das ist in der Wirkung schon etwas anderes.

Darum habe ich auch schon einige Male die Forderung gehört, wir mögen nun endlich aufhören mit dem Tolerieren, ganz selten auch um den Preis, daß sich dann konservative Mehrheiten durchsetzen könnten und eine große Koalition herauskäme.

Vermutlich ist für manchen eine Totalopposition, bei der man sich mit hehren Politikvorstellungen ständig in der Minderheit befindet, leichter zu ertragen, als eine Situation, bei der man für ausgehandelte Kompromisse mit die Verantwortung übernehmen muß, obwohl sie eigenen Politikvorstellungen nicht oder nur unvollkommen entsprechen. Die Mehrheit der Parteibasis teilt jedoch die Auffassung, eine große Koalition sei im Grunde der Tolerierung einer Minderheitsregierung vorzuziehen, nicht, sondern sieht schon die Chancen zum Umsteuern in dieser Gesellschaft. Dennoch fällt es auch dann schwer, zu akzeptieren, daß man auf einem Gebiet etwas durchaus Vernünftiges aushandeln kann, auf anderen Gebieten aber nicht. Das noch dazu, wenn das »Vernünftige« auch nicht die buchstabengetreue Umsetzung unseres Parteiprogramms bedeutet, sondern eben nur ein Kompromiß ist.

UTOPIE kreativ: Auf welchen Ebenen – Landespartei, Vorständen, Fraktionen – wird das »Magdeburger Modell« realisiert?

ROSEMARIE HEIN: Genaugenommen gibt es solche Konstellationen schon lange, nämlich, wie vermutlich in allen Neubundesländern mehr oder weniger, auf kommunaler Ebene. Dort war in Sachfragen schnell klar, daß es auf das Parteibuch nicht ankommt oder auf die Zugehörigkeit zu Fraktionen, sondern auf die Problemlösung. Verweigerungshaltungen gegenüber der PDS haben sich da mitunter sehr schnell als töricht herausgestellt. Vor allem bei der SPD gibt es das entgegen allen Beteuerungen der Parteiführung in Bonn schon lange.

Das Regierungsmodell in Sachsen-Anhalt dagegen ist genaugenommen eine Kopfgeburt. Das ist auch sein Hauptmangel. Die Entscheidung dafür wurde nach meiner Überzeugung vor allem von der SPD als politisch-taktische Entscheidung vor den damals noch ausstehenden Bundestagswahlen getroffen. Die SPD-Führung des Landes hat immer wieder betont, daß es keine Gespräche mit der PDS auf Parteiebene gäbe, sondern nur mit ParlamentarierInnen. Das hat sie bisher formal auch eingehalten. Damit ist aber auch die Suche nach Problemlösungen vor allem an die Landtagsfraktionen gebunden und diese müssen sehen, wie sie ihrerseits die Partei beteiligen. So aber hat das »Magdeburger Modell« keine Entsprechung an der Basis, ihm fehlt sozusagen der Unterbau.

Netzwerke als Grundlage und zur Inspiration linker Politik entstehen, wenn man das überhaupt schon so bezeichnen kann, nur auf einzelnen Politikfeldern. So gibt es eine im Wachsen begriffene Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher politischer Herkunft auf frauenpolitischem Gebiet, in der Umweltbewegung und bei Friedensaktionen. Alles das läuft ausdrücklich außerhalb von Parteistrukturen, teilweise über Verbände, Gewerkschaften, Runde Tische oder aber auch in losen politischen Zusammenhängen. Auf sozialpolitischem, wirtschaftspolitischem und kulturpolitischem Gebiet fehlen solche Aktivitäten jedoch vollständig.

UTOPIE kreativ: Was hat die augenblickliche Koalition besser gemacht als ihre Vorgänger?

ROSEMARIE HEIN: Vor allem muß man sagen, daß die jetzige Landesregierung bemüht war und ist, eine deutlich sozialere Politik zu machen als ihre Vorgängerin. Freilich kann sie es nur in den von Bonn gesetzten Grenzen und so dürfte sich in der Lage der Bürgerinnen und Bürger noch nichts spürbar verbessert haben. Dennoch ist ihr zugute zu halten, daß sie bis jetzt allen Versuchungen, soziale Standards abzusenken, widerstanden hat, auch gegen Stimmen in den eigenen Reihen. Mitunter ist das nur unter öffentlichem Druck gelungen und mit der Ankündigung der PDS-Fraktion, Gesetze der Landesregierung nicht mitzutragen. Das hat dann zum Einlenken und zur Kompromißsuche geführt. Das prägnanteste Gesetz dafür ist wohl das Kindertagesstättengesetz. Es ist auch nicht zu verachten, daß Sachsen-Anhalt angesichts der Sparpläne aus Bonn bei den Mitteln zur Förderung des zweiten Arbeitsmarktes an erster Stelle unter den Neubundesländern liegt. Mit einem anderen Wirtschaftskonzept konnte die jetzige Landesregierung allerdings bisher nicht dienen. Der Kulturetat wurde auf ein Prozent des Landeshaushaltes angehoben. Und schließlich waren mit der neuen Landesregierung Bundesratsinitiativen möglich, die bei der alten und ihrem vorausseilenden Gehorsam undenkbar gewesen wären. Bei der Initiative zur Übernahme der Altschulden durch den Bund zum Beispiel.

Mit der Regierungskoalition war es auch möglich, sich als Landtag zu Fragen internationaler Politik zu äußern, wie selbst wir das nicht für möglich gehalten haben.

UTOPIE kreativ: Ein Impuls für einen sozial-ökologischen Umbau ist vom »Magdeburger Modell« bisher nicht ausgegangen. Hat Tolerierung einer solchen Politik für die PDS überhaupt einen Sinn?

ROSEMARIE HEIN: Wenn man davon ausgeht, daß PDS-Politik in oder in der Nähe von Regierungsverantwortung nur dann einen Sinn macht, wenn diese bundesdeutsche Gesellschaft dadurch von Grund auf zu verändern ist, sicherlich nicht. Mit der Tolerierung einer SPD-geführten Regierung in einem Bundesland ist diese Bundesrepublik ebensowenig auf den Kopf zu stellen (oder vom Kopf auf die Füße) wie durch eine direkte Regierungsbeteiligung. Das gilt insbesondere, weil in der Gesellschaft die Akzeptanz des gege-

benen Verhältnisses von Oben und Unten erschreckend groß ist.

Aber mit derartigen Politikkonstellationen wären schon Zeichen zu setzen für die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen festgefahrener bundesdeutscher Realitäten. Zum Beispiel, wenn man dem Sozialabbau alle einem Bundesland zur Verfügung stehenden Mittel entgegensetzt. Wenn diese Landesregierung bereit ist, Erpressungsversuchen aus Bonn zu widerstehen, wenn eine ökologischere Politik betrieben wird, zum Beispiel durch den Ausbau und die zielgerichtete Förderung des ÖPNV, durch die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe und eine darauf orientierte Wirtschaftsförderung, durch eine reformorientierte Bildungspolitik, die soziale Chancengleichheit garantiert und die frühe Selektion von Kindern verhindert, durch eine Kinder- und Jugendpolitik, die auf die Förderung von Freizeitangeboten gerichtet ist und auf die Sicherung ausreichender Lehrstellenangebote ...

Wenn man das schon als Umsteuern ansehen will, und ich würde das tun, dann macht Tolerierung einer solchen Politik mehr als Sinn. Nur brauchen SPD und Bündnis 90/Die Grünen dazu sicherlich mehr als eine Legislaturperiode, nicht nur weil es manchmal schwer fällt, über den eigenen Schatten zu springen, sondern es braucht auch den ständigen öffentlichen Druck und öffentliche Akzeptanz eines solchen Weges. Als vermeintliche Heilsbringerinnen stünden beide Parteien, und die PDS mit ihnen, auf verlorenem Posten. Um den notwendigen Druck zu erzeugen und für eine entsprechende Unterstützung ist die PDS sicher hilfreich, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sie nicht beginnt, sich in dieser Tolerierungsrolle zu sehr zu gefallen, sich in ihr einzunisten.

UTOPIE kreativ: Vor den Bundestagswahlen 1998 werden in Sachsen-Anhalt Wahlen stattfinden. Wird der Ausgang dieser Wahlen Einfluß auf die Bundesebene haben?

ROSEMARIE HEIN: In jedem Fall. Zunächst finde ich es aber interessant und wichtig, was in den letzten Monaten an Diskussionen in den anderen Ländern gelaufen ist. Die Erfahrungen mit den großen Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen haben dort ja schon zu beachtlichen Signalen geführt und auch die PDS dazu gebracht, über ihre Rolle und ihre Möglichkeiten intensiver und nüchterner nachzudenken. So glaube ich, daß das »Magdeburger Modell« eine denkbare Politikalternative für andere ostdeutsche Bundesländer geworden ist. Ob das so bleibt, und welche Chancen solche Entwicklungen in anderen Ländern und eine Fortsetzung in Sachsen-Anhalt haben werden, wird wesentlich davon abhängen, ob von Magdeburg in den nächsten zwei Jahren Impulse für andere Politik ausgehen, oder ob diese Konstellation bis zu den Wahlen so dahinplätschert oder gar zerbricht. Gleich wie Magdeburg ausgeht, die PDS wird ihren Anteil daran haben. Was die SPD betrifft, so ist meiner Meinung nach wichtig, daß sie lernt, im Westen mit dieser Tatsache umzugehen, daß die Tolerierung einer SPD-geführten Regierung als mögliches Modell unter bestimmten Umständen akzeptiert wird. Denn die CDU wird versuchen, mit der Diskreditierung einer Tolerierung durch die PDS der SPD im

Westen zu schaden – im Osten kann sie das kaum erreichen.

Und noch eines:

SPD-Vertreter aus den Altbundesländern haben in den letzten Monaten zwar für eine Einbindung der PDS plädiert, aber nur mit dem erklärten Ziel, sie zu entzaubern. Damit geben sie aber selber die Möglichkeit preis, aus solchen linken Mehrheiten neue politische Möglichkeiten für die Verwirklichung eigener programmatischer Ziele zu schöpfen und beschränken sich auf das, was sie eh schon immer tun, stellen dies als das alleinig Machbare dar, was es ja bei weitem nicht ist. Selbstbeschränkung jedoch wird wohl nicht genügen, um auf Bundesebene konservative Mehrheiten abzulösen.

UTOPIE kreativ: Zur Zeit gibt es einen Glaubensstreit über die »Exportierbarkeit« des »Magdeburger Modells«. Kann aus Ihrer Sicht durch die Parteien in den anderen Ländern etwas übernommen werden und wenn ja, was?

ROSEMARIE HEIN: Vor platter Übernahme würde ich warnen. Man kann sich vielleicht ansehen, wie in Sachsen-Anhalt dieses oder jenes Problem angegangen wurde. Aber ob man es so übernehmen kann, müssen die Betroffenen selbst entscheiden. Eines ist mir aber aufgefallen. Fast alle reden über das »Magdeburger Modell« wie über die Gretchenfrage. Die Diskussionen drehen sich nur um das »Darf-man-prinzipiell« oder »Darf-man-prinzipiell-nicht«. Wenn man dann aber über konkrete Entscheidungssituationen spricht, ist blankes Erstaunen angesagt. In Magdeburg hat ja bekanntlich (oder schon nicht mehr bekannt) die SPD mit den Bündnisgrünen eine relative Mehrheit von vier Stimmen im Parlament. Da könnte sich die PDS im Zweifelsfalle immer enthalten. In den Ausschüssen jedoch sind die Verhältnisse anders. Dort stehen fünf CDU-VertreterInnen genau fünf der Koalition gegenüber. Gleich wer von beiden einen Antrag stellt, bei Enthaltung der PDS ist jeder Antrag mit Stimmgleichheit abgelehnt. Wie also verhält man sich, wenn die CDU beim Kindertagesstättengesetz eine höhere Platzpauschale fordert, diese aber mit einer drastischen Heraufsetzung der Gruppenstärken erkaufen will? Wohl gemerkt, in der SPD gab es durchaus einzelne Sympathien für solche »Lösungen«.

Ich will diese Aufgabe als »Denksport« so stehen lassen. Vielleicht macht das ja die Entscheidungssituationen und -spielräume durchschaubarer. In solcher Situation befände man sich nämlich immer, wenn es die relativen Mehrheiten nicht gäbe. Allerdings würden der PDS ständige Enthaltungen ohnehin in der Öffentlichkeit nicht abgenommen. Auch diese Erfahrung haben wir schon gemacht.

In jedem Falle würde ich empfehlen, vorher genauer abzuwägen, was man mit einer Tolerierung oder in einer Koalition erreichen kann und was nicht. Man darf eine solche Regierungskonstellation auch nicht überfordern. Enttäuschte Erwartungshaltungen machen den Boden für künftige linke Politik, in welcher Konstellation auch immer, schwerer und können unter Umständen konservativen Mehrheiten zu ungewollter Renaissance verhelfen.